



Die deutschen Ausfuhren nach China nehmen wieder zu. Im ersten Halbjahr 1992 stiegen sie um 45 % auf 2,56 Mrd. DM. Dennoch verzeichnet der deutsch-chinesische Handel im gleichen Zeitraum nach wie vor einen Überschuß zugunsten der Volksrepublik von 3, 21 Mrd. DM.

Quelle: HB, 23.9.1992

tion vereinbart. Vorgesehen ist die Zusammenarbeit in Forschung, die Entwicklung neuer Produkte und Märkte sowie die Gründung von Joint Ventures. Die deutsche Seite soll u.a. interessiert an einer Kooperation in Bereichen der Herstellung von Pestiziden, Farbstoffen, Kunststofftechnik sein. (XNA, 26.9.92; BfA/NfA, 28.9.92)

Auch die AEG zeigte sich bei einem Besuch Chinas im September d.J. interessiert an der Gründung von Kooperationsunternehmen. Wie die *China Daily* berichtet, hat die AEG kürzlich einen Auftrag über die Lieferung automatischer Briefsortiermaschinen für die Beijinger Postverwaltung erhalten. (CD, *Business Weekly*, 20-26.9.92; S. 3) -schü-

*(28)

Ausweitung der ausländischen Kooperation bei der Erdölerschließung

Vor dem Hintergrund der stagnierenden Erdölproduktion bei gleichzeitig steigendem Rohölbedarf versucht die chinesische Regierung, die Erschließung neuer Vorkommen durch die Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen zu beschleunigen.

Einem Bericht der *China Daily* vom 1.9.92 zufolge kündigte Wang Tao, Präsident der National Petroleum Corporation (CNPC), die internationale Ausschreibung für Erdölbohrungen in den östlichen Regionen und in der Umgebung solcher Erdölfelder an, die schon in Betrieb sind.

Bereits im Juni d.J. erfolgten internationale Ausschreibungen für Erdölbohrungen ausländischer Unternehmen im Ostchinesischen Meer, so daß inzwischen die gesamten Küstenregionen für Explorationsunternehmen aus dem Ausland geöffnet sind. 53 ausländische Erdölgesellschaften, darunter Shell, Occidental Petroleum, Mobil, Texaco, Exxon und Chevron, sollen sich um Suchrechte im Ostchinesischen Meer beworben haben. (NfA, 28.8.92; XNA, 12.7.92; BRu, 33/1992, S.7)

Da die großen Erdölfelder Shengli und Daqing zunehmend erschöpft sind, wird auch in diesem Jahr nicht mit einer Steigerung der Erdölproduktion zu rechnen sein. Im letzten Jahr betrug der Erdöloutput 139,76 Mio.t, und bis zum 1.Halbjahr 1992 belief sich die Förderung auf 68,75 Mio.t. (XNA, 8.7.92; CD, 1.9.92). -schü-

*(29)

Anstieg der privaten Deviseneinlagen

Nach vorläufigen Angaben der zehn größten Finanzinstitutionen stiegen die privaten Deviseneinlagen bis Ende August d.J. auf 8,5 Mrd.US\$. Obwohl sich damit die Deviseneinlagen um 25% gegenüber dem Vorjahr erhöhten, schätzen Experten, daß ein Großteil der privat gehaltenen Fremdwährungen nicht auf Bankkonten eingezahlt wird.

Eine [im Bericht der *China Daily* nicht näher dargestellte] Untersuchung in der Stadt Jiangshan, Provinz Zhejiang, zeigte beispielsweise, daß Fremdwährungen im Werte von rund 1 Mio.US\$ nicht bei Banken angelegt, sondern 'unter der Matratze' gehalten wurden. Diese Praxis wird auf die relativ niedrigen Zinssätze für Sparguthaben und auf Restriktionen bei der privaten Verwendung von Devisen zurückgeführt. Um diese Mittel in den Geldkreislauf einfließen zu lassen, bestehen verschiedene Überlegungen. So wird der Erwerb von bestimmten Produkten gegen Devisen und die Auflage von Obligationen in Fremdwährung erwogen.

Insgesamt nahm der Umfang der privaten Deviseneinlagen in den letzten Jahren rasch zu. Während diese 1985 erst 500 Mio.US\$ betragen, stiegen sie bis 1989 auf 3 Mrd.US\$ und auf 6,8 Mrd.US\$ im Jahre 1991. Der überwiegende Teil der privaten Deviseneinlagen stammt von im Ausland arbeitenden chinesischen Beschäftigten, von Angestellten in ausländischen Unternehmen in China und wird ergänzt durch Überweisungen aus Hongkong, Taiwan und Macao. (CD, 28.9.92, S.2) -schü-

Binnenwirtschaft

*(30)

Staatliche Planungskommission paßt Funktion 'sozialistischer Marktwirtschaft' an

Nach Darstellung eines Sprechers der Staatlichen Planungskommission erfordert die Entwicklung der 'sozialistischen Marktwirtschaft' die grundle-

gende Veränderung des imperativen Planungssystems (zhilingxing de jihua guanli tizhi) hin zu einem neuen System der makroökonomischen Wirtschaftsverwaltung, das den Markt widerspiegelt (fanying shichang) und ihn wirkungsvoll anleitet (youxiao yindao shichang). Die damit verbundenen Aufgaben für die Planungskommission umfassen die Erforschung von Strategien, Aufstellung von Programmen, Schaffung eines umfassenden Ausgleichs, Förderung des Marktes, die Durchsetzung von Schlüsselprojekten, makroökonomische Kontrolle und die Koordinierung von Dienstleistungen.

Insgesamt soll die Funktion der Staatlichen Planungskommission in folgenden acht Bereichen verändert werden:

1. Statt der Festlegung von Quoten, Zuteilung von Investitionen und Materialien und Genehmigung von Projekten wird der Aufgabenschwerpunkt auf die Untersuchung und Aufstellung allgemeiner Strategien und Ausarbeitung wichtiger Prinzipien und Maßnahmen der wirtschaftlichen Entwicklung gelegt.
2. An die Stelle administrativer Anweisung als Mittel der direkten Lenkung tritt der Einsatz ökonomischer Hebel und wirtschaftlicher Bestimmungen zur indirekten Lenkung.
3. Anstatt lediglich das Hauptaugenmerk auf die Aktivitäten des staatlichen Sektors der Wirtschaft zu konzentrieren, wird die Planungskommission dazu übergehen, die Aktivitäten in der gesamten Wirtschaft anzuleiten und zu überwachen.
4. Die Veränderung betrifft auch den Übergang von einer Planung über Materialien und Quoten zu einer Planung mit Berücksichtigung ökonomischer Größen, wirtschaftspolitischer Maßnahmen und Prognosen.
5. Statt sich in erster Linie auf die industrielle Produktion und die Industrieentwicklung zu konzentrieren, will die Planungskommission den Gesamtprozeß von Produktion, Verteilung, Handel und Konsum anleiten und überwachen; hierbei soll die Entwicklung der Landwirtschaft und des tertiären Sektors im Vordergrund stehen.
6. Die Planungskommission wird von der bisherigen Praxis der Angebotsverwaltung und Vernachlässigung der Marktnachfrage übergehen zu einer Orientierung auf den Markt und der Untersuchung der Marktveränderungen, der Anpassung der gesellschaftlichen Nachfrage sowie der Ausweitung der Märkte und Aufbau des Marktsystems.
7. An die Stelle der zu starken Betonung des statischen Gleichgewichts der binnenwirtschaftlichen Aktivitäten und Ressourcenverteilung soll nunmehr die Berücksichtigung der binnen- und außenwirtschaftlichen Märkte und Ressourcen mit einem dynamischen Planungsgleichgewicht treten.
8. Statt der Durchführung der Planungsverwaltung und -kontrolle wird die Kommission übergehen zu einer makroökonomischen Verwaltung, die für die Betriebe Informations- und Beratungsdienstleistungen bereitstellt.

Obwohl die von der Planungskommission angekündigte Reform ihrer Aufgaben weitgehend Leerformeln darstellen und die konkrete Ausgestaltung ihrer Funktionen noch abgewartet werden muß, wird doch sichtbar, daß sie auf den Reformzug 'sozialistische Marktwirtschaft' aufgesprungen ist. Dem Sprecher der Planungskommission zufolge steht sie sogar an der 'vordersten Front der Reform und Öffnung'.

Durch Veränderung ihrer Aufgabenstellung versucht die Planungskommission, ihre Position innerhalb der Wirtschaftsbürokratie zu verteidigen. Als starker Konkurrent beansprucht das unter Leitung von Zhu Rongji stehende Büro für Wirtschaft und Handel ebenfalls wichtige Funktionen der makroökonomischen Steuerung. Weiterhin wird auch die Kommission für die Reform des Wirtschaftssystems unter Leitung von Chen Jinhua ihren Anteil an wirtschaftspolitischen Entscheidungen fordern. (RMRB, 25.9.92) -schü-

*(31)

Neuer Finanzminister zum Haushaltsdefizit

Anfang September d.J. ist Finanzminister Wang Bingqian (67) zurückgetreten und wurde durch Liu Zhongli (57) ersetzt. Liu Zhongli hatte vor seiner Ernennung zum neuen Finanzminister den Posten eines stellvertretenden Generalsekretärs beim Staatsrat inne und war verantwortlich für die Bereiche Wirtschaftsplanung, Finanzen und Bankwesen; zwei Jahre zuvor war Liu Zhongli stellvertretender Finanzminister gewesen. Bis zu seinem Aufstieg als stellvertretender Provinzgouverneur von Heilongjiang im Jahre 1985 arbeitete Liu in der Planungskommission dieser Provinz. (XNA, 20.9.92)

Liu Zhongli zufolge stellt das steigende Haushaltsdefizit die größte Herausforderung für ihn als Finanzminister dar. Ein ausgeglichener Haushalt sei jedoch nicht erreichbar, wenn Preissubventionen und Verlustsubventionen für Staatsbetriebe zusammen fast 90 Mrd. Yuan betragen würden.

Erste Schritte zum Abbau der Preissubventionen für Getreide [subventionierte Preise für die städtischen Konsumenten] seien in den letzten zwei Jahren bereits unternommen worden. Wenn die Kontrolle über die Getreidepreise gänzlich aufgehoben werde, wie dies bereits in den Provinzen Guangdong und Fujian der Fall sei, könnten Preissubventionen von mindestens 20 Mrd. Yuan pro Jahr eingespart werden. Die landesweite Durchführung dieser Maßnahme werde inzwischen auch von der Regierung erwogen.

Liu Zhongli betont auch die Notwendigkeit, Subventionen für staatliche Verlustunternehmen zu kürzen. So sollten die Unternehmen 'das Schwimmen im Markt lernen oder untergehen, die Staatsfinanzen seien kein Rettungsboot für sie'. (XNA, 20.9.92) Insgesamt jedoch sieht Liu Zhongli keine Möglichkeit des schnellen Abbaus des Haushaltsdefizits, mit dem auch noch in den nächsten Jahren gerechnet werden müsse. (XNA, 19.9.92)

Zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung kündigte Liu Zhongli an, daß eine Ausweitung der in- und aus-

ländischen Kreditaufnahme notwendig sei, allerdings müsse diese 'in kontrolliertem Ausmaß erfolgen und die Kredite müßten effizient eingesetzt werden'. Derzeit betrage die inländische Kreditaufnahme über Staatsobligationen rund 130 Mrd. Yuan und die Auslandsverschuldung rund 60 Mrd. US\$. Liu Zhongli zufolge sei der überwiegende Teil der Kredite eingesetzt für den Ausbau der Infrastruktur, insbesondere zur Verbesserung des Eisenbahnsystems, der Häfen, des Bergbaus und der Entwicklung der Rohstoffbasis.

Für die Kreditaufnahme im Ausland sieht Liu Zhongli gute Voraussetzungen, da China innerhalb der international anerkannten Sicherheitsgrenzen für Auslandsverschuldung bleibe. Bei einer vernünftigen Schuldenstruktur zusammen mit einem schnellen Wachstum des BSP und des Außenhandels verfüge China über die Kapazitäten für eine höhere in- und ausländische Kreditaufnahme. (XNA, 19.9.92; CD, 22.9.92) -schü-

*(32)

Überkapazitäten in der Industrie

Das dem Staatsrat unterstellte Forschungszentrum für Entwicklung hat in einem Bericht auf die in bestimmten Industrien bestehenden Überkapazitäten hingewiesen und gefordert, daß neue Projekte und der Import von Ausrüstungen für diese Bereiche gestoppt werden. Die Entstehung der Überkapazitäten ist dem Forschungszentrum zufolge auf Mängel im Investitionssystem und in der makroökonomischen Kontrolle zurückzuführen. So neigten die Lokalregierungen stets dazu, ihrer eigenen Interessenlage entsprechende Industrien aufzubauen. Andererseits spiegelten staatlich kontrollierte Preise mit zu niedrig angesetzten Preisen für Roh- und Hilfsstoffe sowie Energie nicht die tatsächliche Angebots- und Nachfragesituation auf dem Markt wider.

Überkapazitäten bestehen dem Bericht des Forschungszentrums nach in vier konsumnahen Bereichen, und zwar bei der Herstellung von Farb-TV, Kühlschränken, Waschmaschinen sowie Klimageräten; dies sei auch der Fall bei der Rohöl- und Aluminiumverar-

beitung sowie in der Produktion von Baumwollgarnen und der Kfz-Industrie.

Bei Farb-TV existiere dem Bericht zufolge eine Produktionskapazität von 21,25 Mio. Geräten, während 1991 nur rund 10 Mio. Geräte hergestellt wurden. Die Kapazität der mehr als 100 Unternehmen für die Produktion von Haushaltskühlschränken betrage inzwischen 16 Mio. Stück; im letzten Jahr belief sich der Output jedoch nur auf 4,63 Mio. Geräte. Prognosen gingen von einem Bedarf bis zum Jahr 1995 von jährlich rund 8 Mio. Kühlschränken aus. Dies bedeute, daß dann rund die Hälfte der Kapazität nicht mehr benötigt würde.

Die Überkapazität in der Produktion von Haushaltswaschmaschinen sei mit einem Output von 6,8 Mio. Geräten gegenüber einer vorhandenen Kapazität von 16 Mio. Geräten ebenfalls sehr hoch. Bis zum Jahre 1995 gingen Experten davon aus, daß China jährlich rund 10 Mio. Haushaltswaschmaschinen benötigen wird, also rund ein Drittel der Kapazität ungenutzt bleibe. Bei Haushalts-Klimageräten betrage die Kapazität 1,5 Mio. Geräte gegenüber einem tatsächlichen Output von rund 0,5 Mio. Geräten.

Bei der Herstellung von Baumwoll- und Wollgarnen bestehe bei 38,82 Mio. Spindeln eine Produktionskapazität von 34,95 Mio. Ballen. Der tatsächliche Output belaufe sich jedoch nur auf 25 Mio. Ballen, so daß ein Drittel der Kapazität unausgelastet sei.

Die derzeitige jährliche Produktionskapazität bei Äthylen mache 2,1 Mio.t aus. Viele Lokalregierungen zeigten dem Bericht nach großes Interesse, in die Äthylenproduktion zu investieren, und auch die staatliche Planung gehe von einer Ausweitung der Äthylenproduktion aus. Bis zum Jahre 2000 wird Schätzungen zufolge die Kapazität auf 9,2 Mio. t angestiegen sein; dies sei 50% mehr als der tatsächliche Bedarf. Bei der Aluminiumweiterverarbeitung verfügten die 410 entsprechenden Unternehmen inzwischen über eine Kapazität von rund 1 Mio. t, dagegen betrage der tatsächliche Output weniger als 0,5 Mio. t. Die Kapazität der 100 Erdölraffinerien sei inzwischen auf 154 Mio.t angestiegen, während die jährliche Output 107 Mio. ausmache.

Auch in der Kfz-Industrie mit 163 Kfz-Herstellern und 600 Kfz-Ausrüstungsbetrieben betrage die jährliche Produktionskapazität inzwischen rund 1 Mio. Fahrzeuge, der tatsächliche Output jedoch lediglich ein Viertel. (CEN, 31.8.92; NfA, 17.9.92) -schü-

*(33)

Deutlicher Preisanstieg erst für 1993 erwartet

Mit einem stärkeren Anstieg des Einzelhandelspreisindex rechnen chinesische Wirtschaftsexperten erst ab Mitte des nächsten Jahres, während bis Ende 1992 lediglich von einer Erhöhung des Preisniveaus innerhalb des geplanten Rahmens von rund 6% ausgegangen wird.

Der für das kommende Jahr erwartete Preisanstieg wird nach Einschätzung von Zhang Xuhong vom China Market Development Institute als Folge der höheren Preise für Produktionsmaterialien und des damit verbundenen Produktionskostenanstiegs auftreten. Aufgrund des schnellen industriellen Wachstums und der hohen staatlichen Anlageinvestitionen zwischen Januar und Juli d.J. habe sich die inländische Nachfrage nach Produktionsmaterialien erhöht und werde damit den Preisauftrieb beschleunigen.

Im 1.Halbjahr 1992 erhöhten sich die Preise für inländische Produktionsmaterialien um 6,4% gegenüber der Vorjahresperiode. Zwar betrug der Preisanstieg im 1.Quartal lediglich 4,5%, im Juni jedoch bereits 8%; dies sei die höchste monatliche Zuwachsrate in den letzten zwei Jahren gewesen.

Der Anstieg der Produktionskosten sei neben der starken Nachfrageerhöhung bei Produktionsmaterialien nach Zhang Xuhong auch darauf zurückzuführen, daß die staatlichen Preise von vor allem Kohle, Elektrizität, Rohöl, Getreide, Walzstahl und von bestimmten Lkw-Typen angehoben worden seien. Auch der Anstieg der Preise für Produktionsmaterialien auf den internationalen Märkten und der Wertanstieg der ausländischen Währungen gegenüber dem Renminbi Yuan auf den Devisen-Swapmärkten habe zur Erhöhung der Produktionskosten beigetragen. Weiterhin würden die Her-

steller von Produktionsmaterialien hohe Vorräte anlegen, dies würde wiederum die Nachfrage und die Preise erhöhen. Problematisch sei auch, daß die tägliche Transportnachfrage bei der Eisenbahn lediglich zu 40% befriedigt werden könne.

Während sich der Einzelhandelspreisindex in der Periode Januar bis Juli erst um 4,8% erhöhte, stieg der Lebenshaltungskostenindex in den großen und mittelgroßen Städten jedoch bereits um 7,8%. (XNA, 11.9.92) -schü-

*(34)

Staatliches Preisbüro beschließt weitere Freigabe landwirtschaftlicher Produktpreise

Wie die *Renmin Ribao* am 28.9.92 (S. 2) berichtete, hat das Staatliche Preisbüro die Preisliste für landwirtschaftliche Produkte aus dem Jahre 1986 überarbeitet. Abgesehen von Fetten sowie öl- und zuckerhaltigen Pflanzen, deren Preisbeschränkung noch nicht geklärt wurde, unterstehen noch insgesamt neun landwirtschaftliche Produkte der Verwaltung durch das Staatliche Preisbüro und der betreffenden staatlichen Abteilungen. Darunter fallen sechs Produkte, die der staatlichen Preissetzung (*guojia dingjia*) und dem geplanten staatlichen An- und Verkauf unterliegen (Getreide, Baumwolle, Tabak, Seidenraupenkokons, Tee und Holz). Drei Produkte erhalten staatliche Leitpreise (medizinische Heilpflanzen, Schafwolle und Harze).

Die Preise aller übrigen landwirtschaftlichen Produkte unterliegen der Preisbildung auf den Märkten. Allerdings kann die Lokalverwaltung bei einigen Produkten, die starken saisonalen oder durch Unwetter bedingten Schwankungen unterliegen, zur Stabilisierung der Marktpreise und nach Genehmigung durch die übergeordnete Abteilung des Staatlichen Preisbüros eine befristete Beschränkung dieser Preise durchführen. -schü-

*(35)

Zuwachs bei der Getreideernte erwartet

Landwirtschaftsminister Liu Zhongyi erklärte Ende September, daß in diesem Jahr mit einer Erhöhung der Ge-

treideernte um rund 5 Mio.t auf insgesamt 440 Mio.t gerechnet wird, obwohl die Getreideanbaufläche zurückgegangen sei. (CD, 29.9.92)

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes war die Anbaufläche für Herbstgetreide mit 70 Mio. Hektar in diesem Jahr 1,4% kleiner im Vergleich zu 1991; die Maisanbaufläche ging allein um 2,6% zurück. Diese Entwicklung sei vor allem darauf zurückzuführen, daß die Bauern mehr Flächen für den Anbau von Sorten mit höheren Verkaufspreisen wie z.B. Baumwolle genutzt hätten. So sei seit 1990 die Anbaufläche für Baumwolle stetig gestiegen und habe 1991 6,5 Mio. Hektar und in diesem Jahr 6,9 Mio. Hektar betragen. Auch die Anbaufläche für Erdnüsse, Sesam, Sonnenblumen, Tabak sowie Gemüse und Früchte sei deutlich ausgeweitet worden. Insgesamt betrug dem Staatlichen Statistikamt zufolge die Gesamtanbaufläche für Getreide in diesem Jahr 106 Mio. Hektar (-1,9 Mio.Hektar) und für Industriepflanzen 24 Mio. Hektar (+0,84 Mio. Hektar). (CD, 25.9.92)

Landwirtschaftsminister Liu Zhongyi forderte in seinem Bericht Ende September die lokalen Regierungsabteilungen u.a. auf, das Dienstleistungssystem für die Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte weiter zu verbessern. Nach wie vor hätten die Bauern Probleme beim Verkauf ihrer Erzeugnisse, und in manchen Gebieten seien die Schwierigkeiten sogar noch größer geworden.

Die für dieses Jahr erwartete Getreideernte erreicht mit 440 Mio.t jedoch noch nicht wieder das Niveau von 446,24 Mio.t des Jahres 1990 und liegt nur um rund 1% höher als die im letzten Jahr mit 435,29 Mio.t eingebrachte Getreidemenge.

Neben der nur geringen Steigerung der Getreideproduktion wirken sich die hohen Getreideverluste nach der Ernte besonders schwerwiegend aus. So zeigt eine Untersuchung in den Provinzen Sichuan, Hunan, Guangdong und Zhejiang, daß die Verluste beim Ernten, Dreschen, Trocknen, Lagern, Transport und bei der Weiterverarbeitung im Durchschnitt 14,8% der Jahresernte ausmachen. Die Untersuchung erfolgte über eine Periode von fünf Jahren und

schloß 50 landwirtschaftliche Abteilungen auf Kreisebene, 1.386 Bauernhaushalte sowie neun Dörfer ein. Als Gründe für die hohen Verluste nennt die Untersuchung u.a. den Mangel an Maschinen und Einrichtungen, aber auch an Arbeitskräften, da ein zunehmender Teil der Bauern in die nichtlandwirtschaftlichen Bereiche abwanderte. (XNA, 9.9.92) -schü-

*(36)

Meinungsumfrage unter der ländlichen Bevölkerung zur zukünftigen Entwicklung

In einer landesweiten Meinungsumfrage des Zentrums für Sozialstudien beim Ministerium für zivile Angelegenheiten wurde im April und Juni d.J. die ländliche Bevölkerung zu ihrer Einschätzung über die Reformen und die zukünftige Wirtschaftsentwicklung interviewt. Die Zahl der befragten Personen betrug 3.841, davon waren 72% Bauern und 28% Basiskader; durchgeführt wurde die Befragung in 100 Kreisen und insgesamt 13 Provinzen.

Auszüge aus den Ergebnissen der Befragung veröffentlichte die *Beijing Rundschau* am 8.9.1992 sowie die *China Daily* am 29.9.92, wobei im letztgenannten Publikationsorgan die positiven Antworten hervorgehoben werden, während die *China Daily* die mit den Antworten verbundenen kritischen Aspekte stärker betont.

Der Umfrage zufolge gab die Mehrheit der befragten Personen an, daß das Ziel eines bescheidenen Wohlstands (*xiao kang*: 800-US\$-Pro-Kopf-BSP) bis zum Jahre 2000 erreicht werden könne; 34% bezweifelten dies. In einem Kommentar gegenüber der *China Daily* interpretierte Li Kang, stellvertretender Direktor des Zentrums für Sozialstudien, dies Ergebnis. Der überwiegende Optimismus basiere auf den positiven Auswirkungen der Reformen in den 80er Jahren, während ein Drittel der ländlichen Bevölkerung einen Status quo [d.h. Stagnation der Einkommen] befürchteten.

Der überwiegende Teil der befragten ländlichen Bevölkerung (82%) geht von einem Fortbestand des derzeitigen Pachtsystems (Haushaltsvertragssystem) aus. Auf die Frage nach der

Veränderung des realen Lebensstandards seit Beginn der Reformen antworteten 45,2%, daß sich dieser "erheblich erhöht", und 54,7%, daß sich der Lebensstandard "etwas erhöht" habe. Die übrigen gaben an, daß der Lebensstandard "nicht verändert" (1,7%), "etwas gesunken" (0,3%) bzw. "beträchtlich gesunken" (0,1%) sei.

Eine knappe Mehrheit der Befragten (51%) ist der Meinung, daß ihre wirtschaftlichen Rechte und Interessen nicht ausreichend garantiert würden. (CD, 29.9.92) Auf die Frage, wie gut der Volkskongreß auf Gemeindeebene funktioniere, antworteten 47,3% mit "nicht besonders", 11,2% mit "schlecht", 7,1% mit "sehr schlecht", während lediglich 12,3% dem Funktionieren des untersten staatlichen Organs die Bewertung "gut" und 22,1% "recht gut" gaben.

Als Gründe für die Schwächen in der Rechtsordnung auf dem Lande nannten 30,7% "die Durchführung der Gesetze (individuelle Urteile statt Rechtssystem)", 17% "fehlendes Personal zur Vollstreckung der Gesetze" und 13,3% "unzureichende Rechtsaufklärung"; die restlichen 39,1% gaben als Grund das "schwache Rechtsbewußtsein der Bauern" an. (BRU, 8.9.1992)

Wie die *China Daily* in ihrem Kommentar zum Rechtssystem und zur Rolle der Volkskongresse auf Gemeindeebene ausführt, seien die Bauern enttäuscht, daß der lokale Volkskongreß seine Funktion als verantwortungsvolles Überwachungsorgan nicht erfülle. Zwar habe der Staatsrat schon eine Reihe von Bestimmungen zur Beschränkung der ökonomischen Belastungen für die Bauern erlassen, doch ohne eine entsprechende Wirkung zu erzielen. Gegen ungerechtfertigte Gebührenerhebung seien bereits viele Verfahren gegen die lokalen Kader und die Verwaltungen durchgeführt worden, in denen im allgemeinen die Bauern Recht erhielten.

Andererseits wiesen die Basiskader auch darauf hin, daß sie von übergeordneten Ebenen Anweisungen über die Einziehung ungerechtfertigter Gebühren erhielten, die sie an die Bauern weitergeben mußten; so seien sie eingezwängt zwischen den fordernden

vorgesetzten Stellen und den verärgerten Bauern. Für die Mehrheit der Basiskader (62%) erscheint dementsprechend das Verständnis beider Seiten für ihre Situation die wichtigste Voraussetzung für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Auch ein Großteil der befragten Bauern (40%) glaubt, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Kadern und der ländlichen Bevölkerung der beste Weg für die Anerkennung der Autorität der Lokalregierungen sei. Nach Einschätzung von Li Kang sei ein freundlicheres Bild der Kader wünschenswerter als strenge administrative Kontrolle, da ein stärkerer Druck nur die Spannungen erhöhen würde.

In der Befragung wurden auch die Erwartungen der ländlichen Bevölkerung an die Gesellschaft bzw. die Regierungsstellen untersucht. Der überwiegende Teil der Befragten antwortete, daß sich die Bauernhaushalte heute bei der landwirtschaftlichen Produktion "auf ihre eigene Stärke" (66,8%) und auf die Unterstützung durch "Verwandte und Freunde" (6,4%) verlassen; rund ein Viertel antwortete, daß sie sich in der Produktion "auf die kollektive Stärke der Dorfbewohnerkomitees" (13%) und der "Gemeindeverwaltung" (13,8%) stützten. Auch rechnen die meisten Bauern der Umfrage zufolge nicht mit der Unterstützung durch die lokale Regierungsorganisationen in privaten Notlagen wie Alter, Krankheit und Tod. So gaben 65,4% an, daß die Bauernfamilien diese Situationen "aus eigener Kraft" und durch Unterstützung von "Verwandten und Freunden" (15,7%) meistern. Nur 8,6% bzw. 10,3% gingen von einer Unterstützung durch Dorfbewohnerkomitees und Gemeindeverwaltungen aus. Allerdings erwartet der überwiegende Teil der Bauern (65%) durchaus Unterstützung bei Naturkatastrophen von den Organisationen auf Dorf- und Gemeindeebene.

Deutlich wurde in der Befragung ebenfalls, daß sich bereits ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung bei der Bodennutzung und Produktionsplanung an "Veränderungen der Marktnachfrage" (36,9%) orientiert, jedoch 41% noch "am eigenen Bedarf" und 22,1% an der "Planung der Gemeindeverwaltung". Auf die Frage, welche Organisation die Mittlerrolle zwischen

bäuerlicher Einzelproduktion und Markt am besten ausfüllt, antworteten 34,5% noch mit "staatliche Handelsorganisationen", 12,2% mit "Gemeindeverwaltungen", 16,1% mit "Dorfbewohnerkomitees", 26,2% mit "Zusammenschlüssen von Bauernhaushalten" und 10,9% mit "Bauernhaushalte". -schü-

Taiwan

*(37)

Rüstungswettrennen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße

Nach zehnjährigem Zögern ist Washington nun bereit, Kampfflugzeuge des Typs F-16 an Taiwan zu liefern. Bis Ende 1978 war die Guomindang (Kuomintang)-Regierung in Taiwan enger Verbündeter der USA. Dann war Washington aufgrund der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing gezwungen, seine offiziellen Beziehungen zu Taipei einschließlich des Beistandspaktes von 1954 zu beenden. Kurz darauf verabschiedete der US-Kongreß mit überwiegender Mehrheit ein Gesetz zur Neuregelung der "inoffiziellen" Beziehungen zu Taiwan, den "Taiwan Relations Act", das u.a. vorsieht, daß die USA weiterhin Defensivwaffen an Taiwan liefern, wenn es nach dem Urteil des Präsidenten und des Kongresses für erforderlich angesehen wird. (Ausführlich dazu siehe C.a. März 1979, Ü 47, S.188f.) Die US-Regierung unter Ronald Reagan erklärte jedoch im Sino-amerikanischen Gemeinsamen Kommuniqué vom 17. Aug. 1982, daß sie im Hinblick auf Beijings Absicht einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage nicht daran denke, eine langfristige Politik der Waffenverkäufe an Taiwan zu betreiben, daß die Waffenverkäufe an Taiwan weder qualitativ noch quantitativ das Niveau der in den letzten Jahren seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China getätigten Waffenlieferungen überschreiten würden und daß sie die Absicht habe, ihre Waffenverkäufe an Taiwan schrittweise zu reduzieren und nach einer gewissen Zeit eine grundsätzliche Lösung herbeizuführen. Um mit der Zeit eine